

Kooperationsvertrag (A-Standard)
für Projektnummer

Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
für Brot für die Welt

nachfolgend als „Finanzierender Partner“ bezeichnet

und

verantwortlich für das Projekt, nachfolgend als „Projektpartner“ bezeichnet, schließen den folgenden Kooperationsvertrag zur Projektförderung:

Projektinformationen	
Projektbezeichnung:	
Projektgebiet:	
Projektlaufzeit:	von bis
Projektausgaben	
Projektausgaben insgesamt:	EUR
Eigenbeteiligung des Projektpartners:	EUR
Weitere Drittmittel (insgesamt):	EUR
Vom Finanzierenden Partner bewilligter Betrag/bewilligte Fördersumme:	bis zu (Betrag in EUR oder bis zu % der gesamten Projektausgaben „Finanzierungsverhältnis“)
	BMZ/EZE: (max. Betrag in EUR)
	Deutsche kirchliche Mittel: EUR (max. Betrag in EUR)

1. Präambel

Der Projektpartner und der Finanzierende Partner schließen diesen Vertrag mit dem gemeinsamen Ziel, das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

Der Projektpartner ist für die Projektdurchführung verantwortlich. Der Finanzierende Partner wird seine volle Unterstützung im Sinne dieses Vertrags und im Rahmen der auf Transparenz und gegenseitigem Vertrauen beruhenden gemeinsamen Partnerschaft gewährleisten. Der Finanzierende Partner erhält Mittel vom Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED), von Kirchengemeinden, aus Spenden, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) sowie von weiteren Mittelgebern. Der Finanzierende Partner ist auf das Vertrauen dieser Menschen und Organisationen angewiesen und bestrebt, dieses zu rechtfertigen. Er ist für die Verwendung der ihm anvertrauten Mittel zur Rechenschaft verpflichtet. Gleichzeitig ist der Finanzierende Partner auch auf das Vertrauen der Menschen angewiesen, denen die Projekte zugutekommen. Die Beziehung sollte auf partnerschaftlicher Zusammenarbeit und Kommunikation gründen.

Dieser Vertrag legt die Bedingungen der Zusammenarbeit fest und wird mit der Unterzeichnung durch die rechtmäßigen Vertreter von rechtswirksam.

Der Finanzierende Partner vertritt die Ziele des Projekts in der Öffentlichkeit in angemessener Weise.

2. Grundlagen der Zusammenarbeit

Die Grundlage allen Handelns des Finanzierenden Partners ist die Einhaltung der gesetzlich verbindlichen Vorschriften auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere wird die Einhaltung von Antikorruptions-, Kartell- und Subventionsgesetzen, Rechnungslegungs- und Konsolidierungsregelungen sowie Steuer-, Export-, Import und Zollvorschriften befolgt und deren Befolgung erwartet.

Der Projektpartner verpflichtet sich, im Zusammenhang mit den aus diesem Vertrag durchzuführenden Maßnahmen bzw. bei der Beschaffung oder Erbringung von Leistungen keine verbotenen Handlungen zu begehen, weder direkt noch indirekt. Verbotene Handlungen beinhalten das Versprechen, Anbieten oder Gewähren, das Anfordern oder Annehmen eines unzulässigen Vorteils oder Nutzens, um Handlungen in unzulässiger Weise zu beeinflussen.

Mit der Durchführung dieses Projekts setzt sich der Projektpartner aktiv für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Zielgruppen ein. In diesem Rahmen schützt er seine Beschäftigten und die Zielgruppen unterschiedslos vor Benachteiligungen oder Belästigungen.

Außerdem stellt der Projektpartner sicher, dass alle Mitarbeitenden und Organe über die für ihren Verantwortungsbereich in der Organisation geltenden Vorschriften informiert sind und diese einhalten.

3. Vertragsbestandteile

3.1

Die verbindlich vereinbarten Projektziele und Indikatoren sowie der verbindlich vereinbarte Ausgaben- und Einnahmenplan.

3.2

Der Wirtschaftsprüfungsvertrag.

3.3

Das Datenblatt projektrelevanter Informationen mit den Namen der Unterschriftsberechtigten, einschließlich der Unterschriftsproben, der Bankverbindung des Projektpartners sowie sämtliche im Anlagenverzeichnis dieses Vertrags gelisteten Anlagen.

4. Projektförderung und Finanzmanagement

4.1

Die Projektförderung hat mittels der vorgenannten Quellen in Höhe des im Ausgaben- und Einnahmenplans definierten Finanzierungsverhältnisses zu erfolgen. Sollte das Projekt lokale Eigenbeteiligungen umfassen, können ausschließlich Barmittel in das Budget aufgenommen werden. Über nicht geldwerte Eigenbeteiligungen (z. B. Freiwilligenarbeit, Sachleistungen) wird gesondert im Inhaltsbericht berichtet.

4.2

Der Finanzierende Partner stellt die bewilligten Mittel für den vorgesehenen Zeitraum zur Verfügung. Der Zuschuss durch das BMZ/die EZE setzt voraus, dass die vom Mittelgeber (BMZ) bewilligten Barmittel wie vereinbart zur Verfügung stehen. Sollten die vom BMZ zur Verfügung gestellten Mittel gekürzt oder gestrichen werden, kann die bewilligte Beteiligung entsprechend gekürzt oder gestrichen werden.

4.3

In begründeten Fällen darf der Finanzierende Partner die Finanzierung nach vorheriger Rücksprache mit dem Projektpartner abbrechen (siehe Ziffer 9).

4.4

Der Projektpartner hat die Projektmittel und -wirtschaftsgüter effizient, wirtschaftlich und ausschließlich für Projektzwecke, entsprechend der verbindlich vereinbarten Projektziele und des verbindlich vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplans, zu verwenden.

4.5

Der Projektpartner hat für das Projekt ein gesondertes Bankkonto zu führen. Das Bankkonto wird auf den Namen des Projektpartners unter der Angabe eröffnet, dass dieses Konto für die Zwecke des Projekts geführt wird. Sollte die Einrichtung eines Bankkontos für das Projekt nicht möglich sein, muss der Projektpartner erläutern auf welche Art und Weise die Projektmittel getrennt von anderen Mitteln verwaltet werden. Ausnahmen müssen vom Finanzierenden Partner ausdrücklich genehmigt werden. Das Konto ist in der jeweiligen Landes- bzw. Projektwährung zu führen.

4.6

Der Zuschuss des Finanzierenden Partners ist, unter Berücksichtigung des Projektfortschritts, im Voraus über einen Zeitraum von bis zu drei Monaten in Teilzahlungen zu leisten.

4.7

Sollten die tatsächlichen Gesamtausgaben geringer als die geplanten Gesamtausgaben sein, dann gilt das vereinbarte Finanzierungsverhältnis, d. h. dass der Zuschuss des Finanzierenden Partners proportional gekürzt wird.

4.8

Sollte sich die Eigenbeteiligung des Projektpartners oder die Eigenbeteiligung einer anderen Partei während der Projektlaufzeit erhöhen, kann der Zuschuss des Finanzierenden Partners um denselben Betrag gekürzt werden.

4.9

Der Zuschuss des Finanzierenden Partners kann den vorstehend genannten (siehe Seite 1) bewilligten Zuschuss in EUR nicht übersteigen.

4.10

Der Projektpartner hat den Finanzierenden Partner unverzüglich zu unterrichten, sollte der Projektpartner oder eine andere Partei seine/ihre Eigenleistung nicht in der im Ausgaben- und Einnahmenplan vereinbarten Höhe einbringen können.

In diesem Falle ist der Ausgaben- und Einnahmenplan zwischen dem Finanzierenden Partner und dem Projektpartner neu zu verhandeln. Der Projektpartner stellt der Wirtschaftsprüfungsfirma, die das Projekt prüft, eine Kopie der schriftlichen Zustimmung zur Änderung des Ausgaben- und Einnahmenplans zur Verfügung.

4.11

Zur Erreichung der Projektziele darf der Projektpartner die Hauptausgabenpositionen des Ausgaben- und Einnahmenplans um bis zu 20% über- bzw. unterschreiten. Die Struktur des vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplans jedoch bleibt weiterhin unverändert und verbindlich. Abweichungen von mehr als 20% bedürfen eines Änderungsantrags (siehe Ziffern 8.1 j und 8.2).

4.12

Sollten für unvorhergesehene Ausgaben oder zur Deckung von Kostenüberschreitungen Mittel aus der Hauptausgabenposition „Reserve“ benötigt werden, ist die vorherige schriftliche Zustimmung des Finanzierenden Partners erforderlich. Der Projektpartner stellt der Wirtschaftsprüfungsfirma, die das Projekt prüft eine Kopie der schriftlichen Zustimmung zur Inanspruchnahme der Reserve zur Verfügung.

4.13

Für jede Auszahlung reicht der Projektpartner eine schriftliche Mittelanforderung an den Finanzierenden Partner ein, welche von mindestens einer bevollmächtigten Person unterschrieben ist. Der Finanzierende Partner stellt ein entsprechendes Formular zur Verfügung.

4.14

Vom Finanzierenden Partner eingehende Projektmittel sind gänzlich und unmittelbar in Landes- bzw. Projektwährung zu wechseln. Abweichungen von dieser Regelung müssen vom Finanzierenden Partner im Voraus genehmigt werden. Der Umtausch von Teilbeträgen ist nur unter bestimmten Umständen zulässig, die mit dem Finanzierenden Partner abzustimmen sind. Wechselkursverluste werden in der Regel nicht anerkannt. Der Eingang der überwiesenen Mittel ist dem Finanzierenden Partner in der Landes- bzw. Projektwährung unter Beifügung einer Kopie der Gutschriftanzeige der Bank unverzüglich zu bestätigen.

4.15

Der Finanzierende Partner kann die erste Mittelanforderung erst nach Erhalt des ordnungsgemäß unterzeichneten Kooperationsvertrags, des unterzeichneten Wirtschaftsprüfungsvertrags und des Datenblatts projektrelevanter Informationen bearbeiten.

4.16

Weitere Mittelanforderungen werden vom Finanzierenden Partner erst nach der schriftlichen Bestätigung des Projektpartners über den Eingang vorheriger Überweisungen und nach Erhalt von fälligen Berichten (siehe Ziffer 6.4) bearbeitet. Diese Bedingungen gelten auch, wenn Empfangsbestätigungen oder Berichte der Vorphase eines Projektes fällig sind.

4.17

Der Finanzierende Partner ist berechtigt, Rechnungen von Dritten im Namen des Projektpartners zu begleichen. Sämtliche vom Projektpartner an den Finanzierenden Partner gerichteten Ersuche bezüglich der direkten Begleichung von Rechnungen von Dritten sind von mindestens einem/einer rechtmäßigen (gesetzlichen oder bevollmächtigten) Vertreter/in des Projektpartners zu unterzeichnen. Im Falle solcher Zahlungsvorgänge hat der Finanzierende Partner dem Projektpartner eine Belastungsanzeige zu übersenden. Der Projektpartner hat der Wirtschaftsprüfungsfirma Kopien sämtlicher projektbezogener Belastungsanzeigen zur Verfügung zu stellen. Belastungsanzeigen sind, wie im Dokument „Erläuterung zum Finanzbericht“ erläutert, im Finanzbericht anzuführen.

4.18

Mittel für Projektmaßnahmen dürfen für einen Bedarf von bis zu drei Monaten im Voraus angefordert werden. Sollte es nicht möglich sein, die Mittel innerhalb der Dreimonatsfrist für geplante Maßnahmen zu verwenden, hat der Projektpartner den Finanzierenden Partner unverzüglich darüber zu informieren und die Gründe darzulegen. Der Projektpartner und der Finanzierende Partner haben zu einer Einigung über eine für beide Seiten annehmbare Lösung zu gelangen.

4.19

Um sicherzustellen, dass das Finanzierungsverhältnis gemäß dem gemeinsam vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplan nicht überschritten wird, darf der Finanzierende Partner bis zu 5% seines Anteils einbehalten, bis ihm der letzte Wirtschaftsprüfungsbericht, der letzte Fortschrittsbericht und der letzte Abschlussbericht vorliegen und anerkannt wurden.

4.20

Der Projektpartner hat alle Zinseinnahmen, die aus den vom Finanzierenden Partner überwiesenen Mitteln sowie aus Mitteln, die nicht vom Finanzierenden Partner stammen, im Finanzbericht für den Zeitraum, in dem die Zinsen erwirtschaftet wurden, auszuweisen.

Die Zinseinnahmen, die aus den vom Finanzierenden Partner überwiesenen Mitteln stammen, werden als Teil der von ihm zur Verfügung gestellten Mittel angerechnet.

4.21

Wenn als Teil des Projekts Immobilien erworben oder Gebäude errichtet werden, hat der Projektpartner sicherzustellen, dass er das Eigentums- und Verfügungsrecht besitzt und die Vermögenswerte für den vereinbarten Zweck verwendet werden. Dies gilt auch für andere Investitionen.

4.22

Ein Bestand aus Mitteln des Finanzierenden Partners über EUR 500 ist an diesen zurück zu zahlen. Dazu nimmt der Projektpartner unmittelbar nach Projektende Kontakt mit dem Finanzierenden Partner auf. Ein am Projektende verbleibender Bestand von bis zu EUR 500 kann vom Projektpartner in Absprache mit dem Finanzierenden Partner nach Ablauf der Projektlaufzeit für die Projektziele eingesetzt werden.

4.23

Leitet der Projektpartner zur Erfüllung des Zuwendungszwecks Mittel aus diesem Vertrag an Dritte weiter, hat er dafür Sorge zu tragen, dass die Bestimmungen dieses Vertrags auch von Dritten eingehalten werden, insbesondere:

- a) hat die genaue Aufteilung in Abstimmung mit dem Finanzierenden Partner zu erfolgen;
- b) hat die Weiterleitung in Form eines privatrechtlichen Vertrags zu erfolgen;
- c) bleibt der Projektpartner auch im Falle der Weiterleitung für die Einhaltung des Zuwendungszwecks, die Erfüllung und den Nachweis der in diesem Vertrag formulierten Auflagen verantwortlich.

4.24

Der Projektpartner hat sämtliche rechtliche Vorschriften und Bestimmungen z. B. zu Versicherungen, Steuern und Sozialabgaben zu erfüllen. Für die fristgerechte Abführung sämtlicher Steuern und sonstiger Gehaltsabzüge und Abgaben an die zuständige Behörde ist der Projektpartner verantwortlich.

4.25

Der Projektpartner gewährleistet die Einhaltung aller sonstigen relevanten lokalen/nationalen Gesetze und Vorschriften.

4.26

Rückstellungen/Rücklagen dürfen aus Projektmitteln nur dann gebildet werden, wenn diese gesetzlich vorgeschrieben sind.

5. Budgetkontrolle

5.1 Internes Kontrollsystem

Der Projektpartner ist verantwortlich für:

- a) die Aufrechterhaltung eines geeigneten internen Kontrollsystems (IKS);
- b) ein angemessenes System für die Genehmigung von Zahlungen. Zahlungen sollten in der Regel von mindestens zwei verschiedenen Personen genehmigt werden und es sollte ein Nachweis darüber dokumentiert werden. Barzahlungen sollten, soweit möglich, vermieden werden;
- c) die Einhaltung angemessener und ordnungsgemäßer Rechnungslegungsstandards bei der Dokumentation und Erfassung von erhaltenen Mitteln.

Der Projektpartner wird sämtliche Projektvorgänge dokumentieren. Die Buchungsunterlagen des Projektpartners sind, sofern Projektmittel betroffen sind, so zu strukturieren und zu verwalten, dass sie eine wie unter Ziffer 6 beschriebene Berichterstattung erlauben.

5.2 Geschäftsbücher

Der Projektpartner hat die Geschäftsbücher des Projekts und dazugehörige Unterlagen und Belege für einen Mindestzeitraum von zehn Jahren nach Projektende aufzubewahren.

5.3 Ausschreibungen

Beim Kauf von Waren und Dienstleistungen hat der Projektpartner sowohl den Preis als auch die Qualität zu berücksichtigen. Für sämtliche Käufe (einschließlich der Käufe im Rahmen von Bauprojekten) mit einem Wert von EUR 410 oder mehr ist vor Auftragserteilung oder Vertragsabschluss ein Ausschreibungsverfahren durchzuführen, in dessen Rahmen Angebote von mindestens drei verschiedenen Lieferanten verglichen werden. Sollten in diesem Verfahren gleichwertige Angebote ermittelt werden, sind die Lieferanten in der folgenden Reihenfolge auszuwählen:

- a) zuerst Lieferanten aus dem Land des Projektpartners, dann
- b) Lieferanten aus Entwicklungsländern, dann
- c) Lieferanten aus Industrieländern.

Vorauszahlungen an Lieferanten oder Dienstleister vor der Lieferung der Waren oder der Erbringung der Dienstleistung können nur vereinbart oder getätigt werden, wenn es sich hierbei um die übliche Vorgehensweise handelt oder diese Vorgehensweise aufgrund außerordentlicher Umstände gerechtfertigt ist.

Der Projektpartner hat das Ausschreibungsverfahren, einschließlich der vollständig begründeten Annahme des Angebots und sämtlicher Vorauszahlungen, zu dokumentieren. Der Finanzierende Partner stellt dazu ein Format zur Verfügung.

5.4 Projektvermögenswerte

Damit Investitionen bzw. Anschaffungen für die Durchführung des Projekts während der gesamten Projektlaufzeit zur Verfügung stehen, sollen sie im ersten Projektjahr erfolgen, sofern zwischen den Vertragspartnern nichts anderes schriftlich vereinbart ist.

Der Projektpartner hat ein Verzeichnis sämtlicher Vermögenswerte des Projekts (insbesondere des Anlagevermögens) mit Anschaffungskosten von EUR 410 oder mehr zu führen. Es wird empfohlen, auch Vermögenswerte mit Anschaffungskosten von weniger als EUR 410 im Verzeichnis aufzuführen. Der Projektpartner hat im Einklang mit dem Recht und den Gepflogenheiten des betreffenden Landes eine angemessene Versicherung für Vermögenswerte des Anlagevermögens abzuschließen.

Vermögenswerte des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten von bis zu EUR 50.000, die mit Projektmitteln und im Rahmen des Projekts erworben wurden, müssen fünf Jahre nach Anschaffung ausschließlich für die Zwecke des Projekts verwendet werden. Investitionen über EUR 50.000 unterliegen dieser Zweckbindung zehn Jahre nach Anschaffung. Sämtliche Änderungen der Einschränkung, der Verkauf oder die Verpfändung/hypothekarische Belastung von Anlagegütern während dieses Zeitraums bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Finanzierenden Partners.

Im Fall einer durch den Projektpartner nicht zu vertretenden Zweckentfremdung (z. B. Enteignung) innerhalb der oben genannten Fristen und einer damit verbundenen Entschädigungszahlung ist mit dem Erlös wie folgt zu verfahren:

- a) der Erlös wird anteilig an den Finanzierenden Partner zurückgezahlt, oder
- b) der Erlös wird anteilig im laufenden Projekt eingesetzt, wobei sich der Zuschuss des Finanzierenden Partners entsprechend reduziert.

Der Anteil des Erlöses bezieht sich hierbei auf das Finanzierungsverhältnis des Projekts, in dem die Anschaffung getätigt wurde. Das Gleiche gilt für Erlöse, die aus dem Verkauf von Projektinventar entstehen.

Im Falle einer Zweckentfremdung innerhalb der oben genannten Fristen ist ein anteiliger Wertausgleich in Höhe des Verkehrswertes der Anschaffung durch den Projektpartner an den Finanzierenden Partner zu zahlen.

6. Berichterstattung

Die Berichterstattung beinhaltet die Fortschrittsberichte, die testierten Finanzberichte (Wirtschaftsprüfungsberichte) und die Management Letter. Der Finanzierende Partner stellt für den Fortschrittsbericht und den Finanzbericht Formulare bereit. Die Verwendung beider Formulare ist obligatorisch. Der Berichtszeitraum und die Einreichungsfrist werden nachstehend angegeben.

Für Bauvorhaben ist ein besonderes Berichtsformular zu verwenden, das vom Finanzierenden Partner zur Verfügung gestellt wird.

6.1 Finanzbericht

- a) Finanzberichte des Projekts sind gemäß den Vorgaben des Finanzierenden Partners alle sechs Monate zu erstellen, einer unabhängigen Wirtschaftsprüfung zu unterziehen (siehe Ziffer 7) und dem Finanzierenden Partner innerhalb von drei Monaten nach Ende eines jeden Berichtszeitraums vorzulegen;
- b) der Projektpartner berücksichtigt die Erläuterungen im Dokument „Erläuterung zum Finanzbericht“;
- c) die Grundlage für die Finanzberichterstattung des Projekts an den Finanzierenden Partner ist die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (Kassenprinzip). Dennoch sind, wie in der vom Finanzierenden Partner ausgegebenen „Erläuterung zur Modifizierungen der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (Kassenprinzip) in Finanzberichten“ beschrieben, bestimmte Modifizierungen zugelassen;
- d) im Fall der Anwendung einer modifizierten Einnahmen-Ausgaben-Rechnung sind Debitoren und Kreditoren nach denselben Ausgabenpositionen wie im vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplan zu benennen;
- e) unter Berücksichtigung der Einschränkungen durch die modifizierte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung wird der Finanzbericht für die Berichtsperiode sowie für die über die Laufzeit akkumulierten Einnahmen und Ausgaben und den Bestand von Projekt- und Barmitteln am Ende des Berichtszeitraums ein den Tatsachen entsprechendes Bild zeigen.

6.2 Fortschrittsbericht

In den Fortschrittsberichten sind die während des Berichtszeitraums durchgeführten Maßnahmen zu beschreiben und der Grad der Zielerreichung zu bewerten.

Der Bericht hat folgende Aspekte zu umfassen:

- a) einen Vergleich der geplanten Maßnahmen mit den bisher durchgeführten Maßnahmen (Gründe für mögliche Abweichungen von der Planung sind darzulegen);
- b) die während der Projektlaufzeit erreichten Wirkungen und Ergebnisse, basierend auf den Indikatoren;
- c) aussagekräftige statistische Daten und ggf. Fotos.

Fortschrittsberichte sind kurz nach Ende des Berichtszeitraums zu erstellen und dem Finanzierenden Partner spätestens drei Monate nach Abschluss des Berichtszeitraumes vorzulegen. Sie sollten insgesamt maximal zwölf Seiten umfassen.

6.3 Abschlussbericht

Der Abschlussbericht ist gesondert nach Abschluss des Projekts zu erstellen und dem Finanzierenden Partner nebst dem aktuellen Fortschrittsbericht spätestens drei Monate nach Abschluss des Projekts vorzulegen.

Der Abschlussbericht ist ein ausführlicher Rückblick auf das gesamte Projekt und sollte insgesamt maximal drei Seiten umfassen. Er wird eine Bewertung der Auswirkungen auf und der Ergebnisse für die Begünstigten, die Region und sonstige Entwicklungsmaßnahmen enthalten. Zudem wird er Auskunft über die gewonnenen Erkenntnisse für zukünftige Aktivitäten geben.

6.4 Berichtszeiträume und Einreichungsfristen

Bericht	Berichtszeitraum von - bis	einzureichen bis
Bericht Projektfortschritt 1. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 1. Halbjahr		
Bericht Projektfortschritt 2. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 2. Halbjahr		
Bericht Projektfortschritt 3. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 3. Halbjahr		
Bericht Projektfortschritt 4. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 4. Halbjahr		
Bericht Projektfortschritt 5. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 5. Halbjahr		
Bericht Projektfortschritt 6. Halbjahr		
Testierter Finanzbericht 6. Halbjahr		
Bericht Projektabschluss		

7. Wirtschaftsprüfung

7.1

Die Finanzberichte müssen von einer unabhängigen und vorzugsweise lokalen Wirtschaftsprüfungsfirma geprüft werden. Der Wirtschaftsprüfer/die Wirtschaftsprüferin muss eine international anerkannte Qualifikation oder ein entsprechendes Äquivalent nachweisen sowie ordnungsgemäß registriert sein.

7.2

Der Projektpartner, die Wirtschaftsprüfungsfirma und der Finanzierende Partner unterzeichnen einen Drei-Parteien-Vertrag (Wirtschaftsprüfungsvertrag).

7.3

Der Projektpartner hat dem Finanzierenden Partner innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines jeden Berichtszeitraums jeweils ein Exemplar des Wirtschaftsprüfungsberichts und des Berichts an die Geschäftsleitung (Management Letter) vorzulegen.

7.4

Die Wirtschaftsprüfungsfirma ist spätestens nach jeweils neun Jahren zu wechseln. Die Zustimmung des Finanzierenden Partners ist bei einem außerordentlichen Wechsel der Wirtschaftsprüfungsfirma vor Ende der eigentlichen Mandatslaufzeit erforderlich. In begründeten Fällen ist der Finanzierende Partner berechtigt, auf der Beendigung des Wirtschaftsprüfungsvertrags zu bestehen.

8. Änderungen während der Projektdurchführung

8.1

Der Projektpartner hat den Finanzierenden Partner unverzüglich zu unterrichten, wenn:

- a) es absehbar ist, dass das Projektziel/die Projektziele nicht erreicht werden kann/können;
- b) die Verpfändung/hypothekarische Belastung der Projektvermögenswerte und -mittel droht;
- c) ein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wurde oder die Liquidation des Projektpartners beschlossen wurde;
- d) Änderungen bezüglich der Unterzeichner des Kontos vorgenommen wurden;
- e) Änderungen in Bezug auf die Mitarbeitenden, die zur gesetzlichen Vertretung des Projektpartners berechtigt sind, vorgenommen wurden;
- f) er nach Vorlage des Finanzierungsplans weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei anderen öffentlichen Stellen bzw. bei Dritten beantragt oder von diesen erhält;
- g) sich der vereinbarte Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung der Zuwendung maßgebliche Umstände ändern oder wegfallen;
- h) die Indikatoren innerhalb des ersten Projektjahres geändert werden müssen;
- i) Umstände eintreten, die Änderungen des vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplans erfordern;
- j) Umstände eintreten, die dazu führen können, dass die Hauptkostenpositionen des vereinbarten Ausgaben- und Einnahmenplans um mehr als 20 % über- oder unterschritten werden;
- k) Umstände eintreten, die sich auf die Projektlaufzeit auswirken;
- l) beabsichtigt ist, für das Projekt erworbene Vermögenswerte zu verkaufen oder diese für andere Zwecke als für die Zwecke des Projekts zu verwenden;
- m) Änderungen bewilligter Pläne und Spezifikationen in Bauvorhaben beabsichtigt sind.

8.2

Änderungen im Sinne der Ziffern 8.1 h bis m bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Finanzierenden Partners.

9. Beendigung des Vertrags

9.1

Der Finanzierende Partner behält sich das Recht vor, diesen Vertrag jederzeit zu beenden, zu widerrufen oder von ihm zurückzutreten, wenn der Mittelgeber seine Erklärung über die Genehmigung der Finanzierung ganz oder teilweise widerruft oder zurückzieht oder eine Änderungsmitteilung macht. Dieses Recht besteht auch für den Fall, dass der Mittelgeber seine Förderrichtlinien, die der Finanzierung zugrunde liegen, ändert, sofern dies Auswirkungen auf das vorliegende Vertragsverhältnis hat.

9.2

Der Finanzierende Partner kann in Einklang mit den deutschen Rechtsvorschriften den Vertrag aus wichtigem Grund kündigen, die Projektfinanzierung widerrufen, den Mitteltransfer beenden und bereits an den Projektpartner und/oder an Dritte überwiesene und gezahlte Mittel zurückverlangen, insbesondere wenn:

- a) sich die Angaben des Projektpartners, welche die Grundlage der Finanzierung darstellen, als unvollständig oder falsch erweisen;
- b) die Projektmittel nicht gemäß den Bedingungen dieses Vertrags verwendet wurden;
- c) der Projektpartner keine Eigenleistung in Höhe des Finanzierungsverhältnisses einbringt, wie in dem vereinbarten Einnahmenplan festlegt;
- d) der Projektpartner die vom Finanzierenden Partner übertragenen Mittel nicht innerhalb des geplanten Zeitraums verwendet;
- e) der Projektpartner die Inhaltsberichte, geprüften Finanzberichte oder sonstige für den Finanzierenden Partner relevante Informationen (Mitteilungspflichten) nicht innerhalb des festgelegten Zeitrahmens eingereicht hat;
- f) ein Insolvenzverfahren gegen den Projektpartner droht bzw. beantragt oder eröffnet wird;
- g) der Projektpartner eine der anderen Bestimmungen dieses Vertrags ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Finanzierenden Partners nicht erfüllt.

Der Finanzierende Partner kann eine Verzinsung in Höhe von 6 v.H. per anno seit der Entstehung des Rückforderungsanspruchs verlangen.

9.3

Werden Projektmaßnahmen nicht innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt, zu dem der Projektbeginn genehmigt ist, begonnen, wird dieser Vertrag unwirksam.

10. Prüfrechte des Beauftragten des Finanzierenden Partners und der EZE, des BMZ, des Bundesrechnungshofes oder von diesen beauftragte Wirtschaftsprüfer und Auskunftspflicht des Projektträgers

Beauftragte des Finanzierenden Partners und der EZE, des BMZ, des Bundesrechnungshofes oder von diesen beauftragte Wirtschaftsprüfer sind berechtigt, das geförderte Projekt während seiner Projektlaufzeit jederzeit zu besichtigen und während der Projektlaufzeit sowie bis zum Ablauf der in Ziffer 5.2 niedergelegte Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren nach Projektende Einsicht in die Buch- und Belegführung zu nehmen sowie alle Prüfungshandlungen durchzuführen, die sie für nötig halten, um die zweckentsprechende Mittelverwendung zu überprüfen. Der Projektpartner wird diesen Personen während der Projektlaufzeit sowie bis zum Ablauf der in Ziffer 5.2 niedergelegte Aufbewahrungsfrist von 10 Jahren nach Projektende alle erforderlichen Auskünfte geben, die zur Prüfung der zweckentsprechenden Mittelverwendung sowie einer Evaluierung notwendig sind.

11. Sonstige Bestimmungen

11.1

Bei der Durchführung einer verpflichtenden externen Evaluierung im Rahmen des Projekts gelten die DAC-Kriterien. Das Verfahren regeln die „Vorgaben zur Durchführung von Projektevaluationen“, die Bestandteil dieses Vertrags sind.

Die zwischen dem Projektpartner und dem Finanzierenden Partner abgestimmten Umsetzungspläne, die sich aus Evaluierungen im Rahmen des Projekts ergeben, sind verbindlich.

Der Finanzierende Partner hat das Recht, das Ergebnis externer Projektevaluierungen auf Anfrage an andere Mittelgeber weiter zu geben.

Der Projektpartner informiert den Finanzierenden Partner vor der Durchführung einer externen Kontrolle/Evaluierung anderer Mittelgeber und teilt ihm die Ergebnisse mit.

11.2

Der Projektpartner und der Finanzierende Partner haben sich gegenseitig über Änderungen ihrer jeweiligen Statuten oder über Wechsel ihrer wichtigsten Amtsträger zu informieren.

11.3

Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrags dem Recht des betreffenden Landes entgegenstehen, so hat Letzteres Vorrang vor diesem Vertrag. Die rechtliche Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags wird dadurch nicht berührt. Sollte eine der Bestimmungen dieses Vertrags aus anderen Gründen unwirksam werden, wird die rechtliche Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrags dadurch nicht berührt.

11.4

Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen dieses Vertrags sind nur mit dem beiderseitigen schriftlichen Einverständnis des Projektpartners und des Finanzierenden Partners möglich.

12. Sonderregelungen, Anforderungen

Sonderregelungen aufgrund anderer Mittelherkünfte (als Ergänzung zu Bundesmitteln) und/oder Auflagen bzw. Empfehlungen basierend auf der fachlichen Stellungnahme.

Projektnummer:

Ort/Datum:

Ort/Datum:

Evangelisches Werk für Diakonie und
Entwicklung e. V.
für Brot für die Welt

Name

Name/n

.....
Stempel und Unterschrift der
zuständigen Abteilungsleitung

.....
Stempel und Unterschrift der
rechtmäßigen (bevollmächtigten oder gesetzlichen)
Vertretung des Projektpartners

Name

.....
Stempel und Unterschrift der
zuständigen Referatsleitung

Anlagen

In Papierform (Versand per Post)

1. Vereinbarte Ziele und Indikatoren
2. Vereinbarter Ausgaben- und Einnahmenplan
3. Wirtschaftsprüfungsvertrag

In elektronischer Form (Versand per Email)

4. Verbindliche Formate:
 - Datenblatt projektrelevanter Informationen mit den/dem Unterschriftsberechtigten, einschließlich der Unterschriftsproben und der Bankverbindung des Projektpartners
 - Checkliste für die Vollständigkeit der Prüfung
 - Finanzbericht
 - Mittelanforderung
 - Bericht Projektfortschritt
 - Bericht Projektabschluss
 - Bericht Projektfortschritt für Bauvorhaben (nur in Bauvorhaben)
 - Vergabevermerk
5. Erläuterungen:
 - Vorgaben zur Durchführung von Projektevaluationen
 - Erläuterung zum Finanzbericht
 - Erläuterung zur Mittelanforderung
 - Erläuterung zu den Modifizierungen der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (Kassenprinzip) in Finanzberichten